

funktionieren. Nicht die Zahl der Mandate, sondern das Gewicht der Argumente sollte der ausschlaggebende Faktor sein. Da man aber auch darüber trefflich streiten kann, wurde die Kunst des Kompromisses das tragende Fundament dieser Großen Koalitionen. Utopischer Schwung und weit reichende Zukunftsvisionen waren somit weniger gefragt. Und für politische Alleingänge und eigenwillige Alleindarsteller blieb der Platz auf der Koalitionsbühne beschränkt.

Besonderes Gewicht besaßen die kooperativen Akteure in den exekutiven und legislativen Spitzenämtern der Koalition. Sie mussten sich in der Regierungspraxis an der Maxime des Gebens und Nehmens orientieren. Dies bedeutete, möglichst gleichmäßig Zugeständnisse und Zuminungen zwischen den Koalitionspartnern zu verteilen und diese möglichst überzeugend der eigenen Basis zu vermitteln.

Von außen betrachtet stellen Große Koalitionen einen monolithischen Macht-

block dar. Blickt man jedoch auf die Binnenbeziehungen zwischen den Koalitionsfraktionen, dann kann man interfraktionelle Bündnisse beobachten, für die sich beispielsweise die einflussreiche Querfront der christlichen und sozialdemokratischen Sozialpolitiker oder der oft enge Schulterschluss der Haushaltsexperten als Beispiele anführen lassen. Da der disziplinarische Druck auf die einzelnen Abgeordneten in Großen Koalitionen geringer ist als bei Regierungen mit knappen Mehrheiten, wächst in ihnen auch die Neigung zum individuellen Eigensinn. Deshalb bestand in beiden Fällen eine stabile Führungssache in Fraktion und Kabinett, die das Bündnis auf Kurs hielt. Die im Grundgesetz vorgesehene Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers war unter diesen Gegebenheiten in der Verfassungswirklichkeit der Großen Koalitionen nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Der Wahlslogan »Auf den Kanzler kommt es an« verfehlte in ihnen die Realität des Regierens.



**Klaus Schönhoven**

war Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim und ist Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD.

*Gespräch mit Michael Brie*

## »Der programmatische Konsens ist deutlich größer geworden«

*Michael Brie war Professor für Sozialphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin und ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Unter welchen Voraussetzungen ist ein Bündnis Rot-Rot-Grün auf Bundesebene für ihn denkbar? Dieser und anderen Fragen stellte er sich in einem Gespräch mit Thomas Meyer.*

**NG/FH:** Die SPD-Führung hat die Bereit-

schaft zur Bildung einer Großen Koalition »dialektisch« mit der Öffnung für eine künftige Zusammenarbeit mit der Linkspartei im Bund verbunden. Daran hat sie keine besonderen Bedingungen geknüpft, lediglich das realistische Minimum für ein gemeinsames Regieren. Wie wirkt dieses Angebot in der Linkspartei?

**Michael Brie:** Diese Öffnung wäre ja schon 2009 notwendig gewesen. Weil diese Mög-

lichkeit verpasst wurde, ist die SPD ohne realistische Chance auf einen Wahlsieg ins Rennen gegangen. Daher kann jetzt auch der versprochene Politikwechsel nicht vollzogen werden. Ein wirklicher Politikwechsel ist aber für die Linkspartei die Bedingung einer möglichen Koalition mit SPD und Grünen. Einige der SPD-Erfolge im jetzigen Koalitionsvertrag mit der CDU entsprechen Forderungen, die aus der Opposition der Linkspartei gegen die Agenda 2010 entstanden sind: der Mindestlohn, die Relativierung der Rente mit 67, Einschränkungen bei der Leiharbeit. Aber ein Politikwechsel sieht anders aus. Er muss der sozialen Spaltung entgegenwirken und die Verfestigung einer arbeitenden Schicht Armer wirksam bekämpfen, besonders die Altersarmut. Auch eine ernsthafte ökologische Wende ist nicht zu erkennen, denn diese verlangt eine völlig andere Industrie- und Verkehrspolitik. Das alles kann nur solide finanziert werden, wenn von der reicheren privaten Hand der Oberschichten hin zur öffentlichen Hand umverteilt wird. Wir brauchen mehr Luxus des Öffentlichen. Deutschland muss ferner dazu beitragen, aus der EU in ihrer jetzigen Form, die vor allem auf Wettbewerb setzt, eine solidarische Union zu formen.

Wenn die SPD tatsächlich das Kunststück fertigbringt, in der Großen Koalition stabil mit der CDU zu regieren *und* glaubwürdig einen solchen Politikwechsel vorzubereiten, dann muss sich DIE LINKE darauf genauso glaubwürdig einstellen. Es ist eine Herausforderung auf beiden Seiten. DIE LINKE wird dabei verstärkt zu einer *konstruktiven* Opposition finden müssen, deren Vorstellungen unter veränderten gesellschaftlichen und politischen Bedingungen durchsetzbar und finanzierbar sind. Ob beide Parteien diese »dialektische Kunst« beherrschen, wird sich erweisen. Offen ist die Strategie der Grünen, deren Träume erst einmal geplatzt sind. Jetzt muss zuerst der ernsthafte Wille zur Kooperation entstehen. Mit der Form des Mit-

gliedervotums zum Koalitionsvertrag hat die SPD vorgemacht, was dazu gehört: mehr Demokratie wagen. Ein solches Verfahren für die Entscheidung über Regierungsbeteiligungen auf Bundesebene sieht übrigens auch das Programm der LINKEN vor.

**NG/FH:** Vorausgesetzt, nach der nächsten Bundestagswahl würde eine Situation eintreten, in der eine rot-rot-grüne Koalition erstmals ernsthaft auf der Tagesordnung stünde und eine Annäherung bei den großen innenpolitischen Themen möglich erschiene. Mit welchem Umgang der Linkspartei bei den aus heutiger Sicht wirksamsten Kooperationsperren in der Außen- und Sicherheitspolitischen wäre dann zu rechnen?

**Brie:** SPD und LINKE sollten schon jetzt den Dialog auch über die Außen- und Sicherheitspolitik aufnehmen. Die heutigen Kooperationsperren ergeben sich aus Sicht der Linkspartei aus einer verfehlten Richtung der Sicherheitspolitik. Fundamentale Weichenstellungen sollte man gründlich vorbereiten, nur dann wächst die Bereitschaft in der LINKEN, sich diesen Fragen mit aller Konsequenz zu stellen. Die Linkspartei ist als Oppositionspartei ja nicht so schlecht gefahren. Solange ein Politikwechsel nicht erreichbar erscheint, könnte sie sich in dieser Rolle einrichten. Eine Große Koalition ist eine große Versuchung für die LINKEN, als Opposition groß zu werden.

Jetzt müsste das Gespräch darüber beginnen, welche gemeinsamen Ziele möglich sind und welche konkreten Projekte der Veränderung es geben könnte. Die zentrale Frage lautet also: Wo will man gemeinsam hin? DIE LINKE hält mit guten Gründen die NATO für ein Überbleibsel des Kalten Krieges. Aber gerade für die mittelosteuropäischen Länder mit ihren Erfahrungen sowjetisch-russischer Dominanz sieht das ganz anders aus. Gerade die deutsche Linke kann keinen sicherheits-

politischen Sonderweg Deutschlands wollen, der bei Anderen Angst auslöst. Die Lösung könnte darin bestehen, sich auf konkrete Schritte für eine neue Politik gemeinsamer Sicherheit durch Zusammenarbeit, Entwicklung und wechselseitige Öffnung mit dem Osten Europas, dem Kaukasus und dem Mittelmeerraum zu verständigen. Ein Militärbündnis wird den komplexen Sicherheitsfragen nicht gerecht. Die NATO sollte in diesem Prozess auf die reine Verteidigungsfunktion reduziert werden, statt Weltpolizist zu sein. Ein solcher Prozess kann eine Dynamik auslösen, die entweder die NATO so verändert, dass auch Russland eines Tages beitrifft, oder aber alle Staaten gemeinsam die NATO für überflüssig halten. Eine solche Doppelstrategie von Aufbruch zu einer neuen gemeinsamen Sicherheit und Bestandswahrung in der Sicherheitspolitik dürfte kein Hemmnis für eine Regierungsbeteiligung der LINKEN sein. Vorbild könnte die Einleitung einer neuen Ostpolitik unter Willy Brandt sein.

**NG/FH:** Indirekt hat Gregor Gysi jüngst das Dilemma eingeräumt, dass der prinzipielle Pazifismus als ihr letztes Alleinstellungsmerkmal von der Linkspartei kaum preisgegeben werden kann. Zeichnet sich dennoch eine pragmatische Lösung dieses Problems ab?

**Brie:** In allen konkreten Fällen der letzten Jahre hat sich gezeigt, dass es für die Ablehnung von Kriegseinsätzen der Bundeswehr im Ausland sehr gute Gründe gab. Nur in Ausnahmefällen lässt sich durch Krieg Frieden schaffen. Der Widerstand gegen Hitlerdeutschland war ein solcher Fall. Ganz fatal ist die Tendenz, militärische Kampfeinsätze als »humanitäre Interventionen« oder mit dem Ziel des Regimewechsels einzuleiten. Man muss es Gerhard Schröder sehr hoch anrechnen, dass er sich dem Irak-Krieg verweigert hat. Auch die Bundesregierung unter Angela Merkel hat mit dazu beigetragen, dass die Militari-

sierung des Konfliktes mit dem Iran gestoppt werden konnte. Die Kooperation mit Russland und China hat sich auszahlt. Mit dem Kosovo-Krieg hat die NATO einen Mechanismus in Gang gesetzt, der in Libyen und Syrien fortgesetzt wurde, und regierungskritische Gruppen dafür »belohnt«, zum Mittel militärischer Gewalt, zum Bürgerkrieg zu greifen. Diese Dynamik muss gebrochen werden, sonst wird die Gewalt in vielen Regionen zur Regel. Deutschland sollte im Rahmen der UNO an der Förderung regionaler Systeme von Sicherheit arbeiten. Wir brauchen Konfliktprävention, Monitoring und Schlichtung. Sicherheit entsteht aus gemeinsamer wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer, politischer und vor allem auch kultureller Entwicklung. Hier ist ein weites Feld für Pragmatismus. Die LINKE ist keine Partei, die sich militärischen Mitteln immer und unter allen Umständen verweigern kann. Aber wirkliche Realpolitik besteht darin, alles, wirklich alles zu tun, damit dieser Ausnahmezustand verhindert wird, und Menschen für eine solche Politik gewonnen werden. Krieg erzeugt fast immer Hass. Deshalb kann er auch so schwer gewonnen werden. Eine Politik des Friedens und der Solidarität dagegen vereint. Auch in dieser Frage gibt es eine Verbindung zwischen Willy Brandts SPD und der LINKEN.

**NG/FH:** Eine große Mitte-Links-Koalition macht ja nur unter drei Voraussetzungen Sinn: eine überzeugende politische Arbeitsteilung in den wichtigen Feldern, eine dementsprechende und erfolgreiche Arbeitsteilung bei der Ansprache der Wähler und eine positive Ausstrahlung der Botschaft deutlich über die eigenen Unterstützungsmilieus in die Gesellschaft hinein. Wie könnten diese Bedingungen aus heutiger Sicht realistischer Weise erfüllt werden?

**Brie:** Von Seiten der drei genannten Parteien und ihrer politischen Stiftungen liegen viele Konzeptionen vor, die auf eine

andere Wirtschafts- und Gesellschaftsstrategie zielen. Ich möchte nur auf das von der Friedrich-Ebert-Stiftung ins Gespräch gebrachte »soziale Wachstum« und das »neue magische Viereck nachhaltiger Wirtschaftspolitik« verweisen oder den »Green New Deal« aus der Heinrich-Böll-Stiftung und die Ansätze für eine sozial-ökologische Transformation der Rosa-Luxemburg-Stiftung bzw. den »Plan B« der Fraktion der LINKEN.

Der programmatische Konsens ist in allen drei Parteien nicht zuletzt im Gefolge der Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus deutlich größer geworden. Die Hauptelemente eines Politikwechsels werden weitgehend geteilt: Bekämpfung der Armut, sozialökologischer Umbau, Umverteilung und Weitentwicklung der EU zu einer solidarischen und demokratischen Union. Jede Partei setzt dabei ihre eigenen Akzente. Die LINKE betont Umverteilung und soziale Gerechtigkeit mit dem Schwerpunkt auf das Unten unserer Gesellschaft. Sie verbindet das mit der ökologischen Frage, Schritten zur Wirtschaftsdemokratie und einem neuen Internationalismus. Die Kräfte von Mitte-Rechts sind in den letzten 15 Jahren in Deutschland wie in Europa stärker geworden. Wären AfD und FDP im Bundestag, gäbe es dort eine sehr klare Mehrheit Mitte-Rechts. Die Schwachen in der Gesellschaft fühlen sich allein und die Mitte entwickelt einen Wettbewerbsegoismus, der zum Sozialdarwinismus wird. Die zivilisatorischen Grundlagen unserer Gesellschaft sind wieder bedroht. Europa ist kein Selbstläufer mehr. Nur eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Mitte und das Unten der Gesellschaft solidarisch vereint, kann dagegen wirksam ansetzen. Das können SPD, LINKE und Grüne nur gemeinsam schaffen.

**NG/FH:** Nun wird schon eine Diskussion darüber begonnen, ob das Oslo-Modell einer Kooperation zwischen Sozialdemokratie und Linken mit seinen Stimmen-

verlusten für die dortige Linkspartei nicht allzu abschreckend wirke. Es gibt auch Hinweise, dass nationale Regierungsbeteiligungen für Linksparteien fast immer mit gewissen Stimmenverlusten einhergehen. Dem steht natürlich die größere Chance der Einwirkung auf die realen Verhältnisse durch eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene gegenüber. Wie kann die Linkspartei mit diesem Problem umgehen?

**Brie:** Angst ist ein schlechter Ratgeber. Und viele Bürgerinnen und Bürger, die die LINKE gewählt haben, würden ihr die Zustimmung entziehen, wenn diese nicht nach ihren Möglichkeiten für Veränderung aus einer Regierungsbeteiligung bereit stehen würde, sobald das Sinn macht. Wir alle müssen die verschiedenen Erfahrungen auswerten, die in Frankreich, Italien, Schweden oder Norwegen bzw. Dänemark gemacht wurden. Überall wurde die Linke

insgesamt schwächer. Anders sieht es teilweise in Lateinamerika aus. Meines Erachtens ist es der gesellschaftlichen und politischen Linken in Europa seit den 80er Jahren nicht gelungen, der Wende zum Neoliberalismus und Finanzmarkt-Kapitalismus, zur sozialen Unsicherheit und Spaltung eine wirtschaftlich und sozial erfolgreiche Politik entgegenzustellen. Wir haben die neuen Bedürfnisse nach individueller Selbstbestimmung, Autonomie und Partizipation rechts liegen gelassen. Ich gebe der Linkspartei den Rat, alles dafür zu tun, um die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen für einen Politikwechsel zu stärken. Aber sie sollte auch nur dann in die Regierung gehen, wenn dies für einen solchen Politikwechsel unbedingt nötig ist. Sie hat aus der Opposition viel erreicht. Viele ihrer Forderungen, die noch vor wenigen Jahren Alleinstellungsmerkmale der LINKEN waren, sind heute Konsens. Das ist ein großer Erfolg einer schwachen Partei. Dafür braucht es keine Koalition mit der SPD. Regierungsbeteiligung muss sich vielleicht nicht für die Partei DIE LINKE, aber für die Schwächeren in der Gesellschaft lohnen und Hoffnung machen.

**NG/FH:** Unter welchen Voraussetzungen ist eine kulturell-soziale Hegemonie für eine solche Koalition in der Bundesrepublik wahrscheinlich? Was müsste heute und morgen geschehen, um ihre Herausbildung zu fördern?

**Brie:** Noch herrscht bei der Mehrheit der Bevölkerung die Vorstellung vor, dass »Wirtschaft« vor allem die Konservativen könnten, und die Linken eher für Gerechtigkeit zuständig seien. Auch in den Parteiliten gibt es eine solche Position. Gesunde Wirtschaftspolitik wird primär als Politik der Freisetzung der Marktkräfte gesehen. Das ist das Herzstück der neoliberalen Erzählung. Solange dies so ist, kann von einer »linken Mitte« in Deutsch-

land als einem hegemonialen Projekt nicht die Rede sein. Ohne Abbau der übergroßen Finanzvermögen, ohne Umverteilung nach unten und hin zu einer öffentlichen Hand, die in den sozialökologischen Umbau investiert, entsteht keine neue wirtschaftliche Dynamik. Die Linke redet vor allem von den Gefahren, sie muss mehr darüber reden, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland unter den Möglichkeiten lebt, die das Land bieten kann. Heute geht es »der Wirtschaft« gut, aber die Armut wächst – diesen Widerspruch müssen wir auflösen. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die Armut abbaut, Zeit für ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit schafft und die Ressourcen schont. Gegen-Hegemonie entsteht erst durch die Strahlkraft einer neuen Erzählung, beglaubigt durch praktische Beispiele, die zeigt wie eine solidarische Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, demokratische Partizipation und finanzielle Solidität verbunden werden können, um ein gutes Leben für alle zu schaffen.

Der Mythos, dass die bisherige Wirtschaftspolitik erfolgreich war, muss gebrochen werden. Die Politik der Standortkonkurrenz hat uns allen geschadet und die EU an den Rand der Spaltung gebracht, sie hat große soziale und ökologische Probleme selbst in den »Erfolgsländern« erzeugt. Demokratie erscheint heute vielen als Fassade, die den Willen der Finanzmärkte exekutiert. Einen sinnvollen Schritt sehe ich in der Kooperation der politischen Stiftungen zur Entwicklung praktischer Projekte für eine zugleich wirtschaftlich, sozial, ökologisch und fiskal nachhaltige Dynamik. Wenn das dann von allen gemeinsam in der Gesellschaft vermittelt wird, könnten Wahlen Entscheidungen über Alternativen werden. Dann können wir jene, die sich von der Demokratie abgewandt haben, zurück gewinnen. Dafür können auf allen Seiten heilige Kühe geschlachtet werden.